

Apartheid oder Besatzung?
Eine Mauer trennt im
Westjordanland die illegal
errichtete israelische
Siedlung Pisgat Zeev (die
weißen Häuser rechts) vom
palästinensischen Gebiet



Fotos: Kai Wiedenhofer ©

Der liberale Zionismus der Zukunft

70 Jahre nach der Gründung Israels ist die Lage in der Region so aufgeheizt wie lange nicht mehr. Zeit, über eine radikale Lösung nachzudenken VON OMRI BOEHM



Graffito an der Mauer neben
Rachels Grab in Bethlehem

In ihrem Essay *Wahrheit und Politik* beschreibt Hannah Arendt die merkwürdige Tendenz moderner Gesellschaften, »öffentlich bekannte« Tatsachen als »Geheimnisse« zu behandeln. Dieselbe Öffentlichkeit, die diese Tatsachen kenne, bringe es fertig, dass diese »mit bestem Erfolg und häufig sogar spontan zu Tabus erklärt« würden. Sie dennoch laut und deutlich auszusprechen könne dann so gefährlich sein wie »die Verkündigung gewisser Häresien in früheren Zeiten«.

Eine solche Tabuisierung der Fakten lähmt die öffentliche Diskussion der israelischen Politik seit Jahrzehnten. In diesen Tagen feiert das Land seinen 70. Geburtstag, und seit Jahren war die Lage in dieser Region nicht mehr so aufgeheizt. Donald Trump hat das Atomabkommen mit dem Iran gekündigt und die US-Botschaft nach Jerusalem verlegt, Israel bombardiert iranische Stellungen in Syrien – und niemand weiß, welche Eskalation als Nächstes kommt.

Von den 70 Jahren seines Bestehens hat Israel 51 Jahre lang ein Militärregime über Millionen von Palästinensern ausgeübt. Immer noch aber spricht man von der »Besatzung« – also einem erklärmaßen vorübergehenden Zustand – und macht sich Sorgen um die gefährdete Zweistaatenlösung. Die Gegebenheiten vor Ort kann man indes nur verstehen, wenn man endlich erkennt, dass die Voraussetzungen einer Zweistaatenlösung nicht mehr gegeben sind. Das Westjordanland lebt in Apartheid, nicht unter einer Besatzung. Die Bewohner von Gaza werden seit Langem wie überflüssige Menschen behandelt. Doch solange eine angemessene Beschreibung dieser Realität tabu ist, bleibt es auch unmöglich, sich Alternativen zu ihr vorzustellen. Wie die aktuellen Ereignisse in Gaza zeigen – mindestens 61 unbewaffnete Demonstranten sind allein am Montag dieser Woche von israelischen Scharfschützen getötet und etwa 1350 von Kugeln verletzt worden –, wird ein Mangel an politischer Vorstellungskraft in die Katastrophe führen.

Ironischerweise hat Präsident Trump mehr zu einer aufrichtigen Diskussion beigetragen als redlichere Weltpolitiker. Sein Beschluss, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen und die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv dorthin, hat eine Flut an Artikeln ausgelöst, die das Begräbnis der Zweistaatenlösung, den Beginn einer Einstaatenpolitik und den Übergang von einer Besatzung zur Apartheid beklagen. Die unausgesprochene Frage hinter diesen jüngsten Entwicklungen brachte eine Überschrift in der *New York Times* auf den Punkt: »Ist der liberale Zionismus tot?«

In Wirklichkeit aber ist diese Befürchtung selbst eine Folge der alten Tabuisierung der Fakten. Der bisherige liberale Zionismus lebte immer von einer ethnischen Politik – Israel als das Heimatland der Juden und nicht als ein Staat seiner Bürger – und war deshalb immer wenig liberal. Es ist schmerzlich, sich diese Tatsache einzugestehen; heute jedoch an sie zu erinnern zeigt die Vorteile einer klaren und deutlichen Sprache: Sie erlaubt uns nämlich zu sehen, dass ein wahrhaft liberaler Zionismus – einer, der am jüdi-

schen Recht auf Selbstbestimmung festhält, aber in einer binationalen Republik – alles andere als tot ist. Ein liberaler Zionismus bleibt nach der Verabschiedung einer Zweistaatenlösung auf jeden Fall möglich. Ja, zum ersten Mal in der israelischen Geschichte ist er notwendig geworden.

Zudem ist eine binationale Politik entgegen den vorherrschenden irigen Annahmen nicht antizionistisch. Einige der leidenschaftlichsten Zionisten unter Intellektuellen und sogar israelischen Staatsoberhäuptern haben bereits früher eine solche Politik vertreten. Es ist höchste Zeit, dass wir uns vor Augen führen, wie tief Israel längst in eine Einstaatenrealität eingebettet ist. Erst dann können wir die politische Verzweiflung überwinden, indem wir nach ein paar alt-neuen Ideen für einen post-zweistaatlichen, liberalen Zionismus der Zukunft suchen.

Im vergangenen Monat veröffentlichte Israels zentrale Statistikbehörde einen Bericht zum 70. Geburtstag des Landes. Seinen Angaben zufolge beläuft sich die Bevölkerung Israels auf insgesamt 8,84 Millionen, von denen 74,5 Prozent jüdisch und 20,9 Prozent arabisch sind. Diese Zahlen schließen 700 000 Juden ein, die im Westjordanland leben, und es gibt auch keinen Grund, sie nicht in der Statistik zu führen: Die von Israels Vermessungsamt herausgegebenen offiziellen Karten stellen dieses Territorium als integralen Bestandteil des Landes dar, ohne eine Spur der Grenzen aus dem Jahre 1967.

In derselben Zählung nicht enthalten sind allerdings knapp drei Millionen Palästinenser, die innerhalb derselben Grenzen leben. Anders gesagt: Die offiziellen »Fakten« haben nichts mit den Fakten zu tun. Sie sind keine wissenschaftliche Beschreibung der Realität, sondern ein Paradebeispiel dafür, wie »Wissenschaft« einer ideologischen Staatspropaganda dienen kann. Innerhalb der von der Statistikbehörde untersuchten Grenzen leben nicht 8,84, sondern rund 11,84 Millionen Menschen. Von ihnen sind circa 55 Prozent jüdisch und 45 Prozent arabisch. Zusammen mit Gaza, wo 1,8 Millionen Palästinenser leben, gibt es schon jetzt eine palästinensische Mehrheit zwischen Jordan und Mittelmeer.

Um die Bedeutung dieser Tatsachen zu verstehen, muss man sich vor Augen halten, dass das israelische Recht (im Unterschied zum deutschen) keine Stimmabgabe in absentia kennt. Um zu wählen, müssen die Bürger unter einer Adresse in Israel gemeldet sein und auch dort zur Wahlurne gehen. Die offizielle israelische Adresse der jüdischen Siedler im Westjordanland aber ist ihre Adresse im Westjordanland, und selbstverständlich wählen sie auch genau dort. Nicht nur aus der Perspektive der bloßen Statistik, sondern auch aus der des israelischen Wahlrechts ist das Westjordanland ein Bestandteil des Staatsgebiets. Man fragt sich, welche andere Perspektive es noch braucht, um von Apartheid statt von einer Besatzung zu sprechen.

Die irreführende Rede von einer Besatzung hängt eng mit der falschen Sehnsucht nach einer Zweistaatenlösung zusammen. 700 000 Juden, also etwa zehn

Prozent von Israels jüdischer Bevölkerung, leben im Westjordanland. Sie sind zutiefst mit dem Land verwachsen, mit Fabriken, öffentlichen Hochschulen, Autobahnen, Banken und einer eigenen Forschungsuniversität. Unter solchen Umständen immer weiter an der Zweistaatenlösung festzuhalten gleicht der Leugnung der Erderwärmung.

Leider tun Israels beste liberal-zionistische Intellektuelle genau das. Nehmen wir David Grossmans jüngste Rede zum Gedenktag für gefallene Soldaten und Terroropfer (*FAZ* vom 19. 4. 2018), die weltweit begeistert begrüßt wurde. Grossman fasst die israelische Tragödie in den Worten zusammen, wir Israelis seien »noch nicht heimisch«. Israel wurde gegründet, schreibt er, »damit das jüdische Volk [...] endlich ein Heim habe. Doch heute, siebzehn Jahre später, mag das starke Israel eine Festung sein – ein Heim ist es noch nicht.« Und er fährt fort: »Wenn israelische Scharfschützen Dutzende palästinensische Demonstranten, die meisten davon Zivilisten, töten, ist Israel weniger als ein Heim.« Die Lösung für diesen Mangel sei einfach und könne auf eine »kurze Formel« gebracht werden: »Solange die Palästinenser kein Heim haben, werden auch die Israelis keines haben.«

Vor 15 Jahren mag Grossmans Forderung nach einer Zweistaatenlösung eine sinnvolle politische Stellungnahme gewesen sein. Aber die Zeiten ändern sich, und die einst schönen Worte werden zu leeren Wiederholungen irrelevanter Ideen und gleiten gefährlich in den Kitsch ab. Am deutlichsten wurde diese Gefahr in Grossmans zentraler »Heim«-Metapher. Es mag gut klingen, von einem »Heim« für die Juden zu sprechen (obwohl es kein Zufall ist, dass die *FAZ* »Heim« lieber mit »Zuhause« übersetzte). Ein Heim für die Juden ist privat und gemächlich, gehört der Familie und beruht auf Banden des Bluts und der Liebe. Genau so denken israelische Juden ja auch über ihr Land; doch wie man sich in Deutschland immer wieder in Erinnerung rufen darf, sind liberale Demokratien alles andere als ein »Heim«. Sie sind nicht privat, gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einem als Familie gedachten Volk, und sie gründen in neutralem Recht statt in Liebesbeziehungen.

Die zionistische Neigung, Israel als private Heimstätte der Juden zu denken, ist gar nicht zu trennen von der Überzeugung, Israel habe das Recht, all jene zu vertreiben und gewaltsam zu unterdrücken, die nicht zur Familie gehören. Es ist an der Zeit, dass Intellektuelle von Grossmans Statur den Israelis endlich dabei helfen, sich die Verwandlung des Landes von einem jüdischen Heim in eine Republik vorzustellen.

Israels Regierung jedenfalls unternimmt bereits konkrete Schritte über die Zweistaatenlösung hinaus. Im letzten Jahr sprachen mehrere rechte Abgeordnete erstmals von einem Plan für etwas, was man als »Apartheid mit menschlichem Antlitz« bezeichnen könnte. Ihre Idee, die jetzt offiziell von Netanjahus Likud-Partei unterstützt wird, ist die Annexion des Westjordanlands: Die Palästinenser sollen nicht länger dem Militärregime, sondern dem Recht Israels unterstellt werden, ohne dass man ihnen jedoch die israelische Staatsbürgerschaft gewährt. Andere

Stimmen wie die von Avigdor Lieberman, unserem Verteidigungsminister, und Amiram Levin, einem Generalmajor, der von der Arbeitspartei inoffiziell als Nachfolger Liebermans auserkoren ist, plädieren für ethnische Säuberungen.

Wir sollten diesen Stimmen aufmerksam zuhören. Die Israelis haben immer schon zwischen der Verdrängung und der Anerkennung der Tatsache geschwankt, dass eine jüdische Mehrheit in einer jüdischen Demokratie 1948 nur durch die Vertreibung Hunderttausender Palästinenser ermöglicht wurde. 70 Jahre danach bilden die Palästinenser fast wieder die Mehrheit innerhalb von Israels Grenzen, und eine öffentliche Anerkennung der israelischen Verantwortung für Vertreibungsverbrechen in unserer Vergangenheit fehlt. Es ist kein Zufall, dass die jetzigen Demonstrationen in Gaza »Marsch der großen Rückkehr« genannt werden, in Erinnerung an die Nakba. Israelische Scharfschützen gehörten an masse dem Befehl, unbewaffnete palästinensische Demonstranten zu erschießen, was in der israelischen Gesellschaft vom rechten bis zum linken Spektrum auf volle Zustimmung stieß. Wenn wir weiterhin die Wahrheit über unsere Vergangenheit und unsere Gegenwart unterdrücken, wird die Zukunft schlimmere Szenarien heraufbeschwören als eine Apartheid.

Heute wird gerne darüber spekuliert, ob Rabin, wenn er weitergelebt hätte, den Oslo-Prozess hätte zu Ende führen können. Doch ist es produktiver, weiter zurückzublicken, zu Menachem Begin. Israels erster rechter Ministerpräsident lehnte bereits 1947 jeden territorialen Kompromiss erbittert ab, als David Ben Gurion bekanntlich den Teilungsplan der UN begrüßte. In den späten 1970er Jahren jedoch, als Jimmy Carter und Anwar al-Sadat ihn drängten, den Palästinensern eine Aussicht auf Frieden zu eröffnen, stellte er ihnen einen überraschenden Plan vor, den er als streng geheim behandelt wissen wollte.

Es lohnt sich heute, einige Punkte dieses Plans hervorzuheben: 1. »Die Verwaltung der Militärregierung« in den besetzten Gebieten wird sofort »abgeschafft«. 2. Es wird eine palästinensische »Verwaltungsbehörde« gegründet. 3. Den Palästinensern wird die »freie Wahl« eingeräumt, ob sie entweder »die israelische oder die jordanische Staatsbürgerschaft« erhalten, und 4. werden diejenigen, die sich für die israelische Staatsbürgerschaft entscheiden, »das aktive und passive Wahlrecht für die Knesset bekommen«. 5. »Die Einwohner Israels werden das Recht auf den Erwerb und die Besiedlung von Land« in den Palästinensergebieten erhalten. Ebenso werden die palästinensischen Bewohner dieser Gebiete »das Recht auf den Erwerb und die Besiedlung von Land in Israel haben«. 6. Sowohl den Einwohnern Israels als auch denen des palästinensischen Autonomiegebiets werden »Freizügigkeit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung« auf dem gesamten Territorium »zugesichert«.

Die Existenz eines Begin-Plans ist Historikern mehr oder weniger bekannt, sein Inhalt aber, der einer

binationalen Konstellation erstaunlich nahe kommt, wurde aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt. Zweifellos hat man sein Potenzial dafür, die politischen Grenzen in Israel – und Möglichkeiten jenseits der illusorischen Zweistaatenlösung – auszutesten, bislang übersehen. Dieses Potenzial besteht zum einen darin, einen Ausweg aus der lähmenden Einstaaten/Zweistaaten-Sackgasse aufzuzeigen. Zum anderen liegt es in dem Umstand, dass binationale Konstellationen zwar oft als antizionistisch abgestempelt werden, man aber unmöglich Begin diesen Vorwurf machen kann. Die Knesset jedenfalls tat es nicht. Beginns Plan blieb nicht sehr lange streng geheim: Am 28. Dezember 1977 brachte er ihn in Israels Parlament ein – und der Plan wurde mit 64 Ja-, 8 Nein-Stimmen und 40 Enthaltungen angenommen.

Es ist unmöglich und auch nicht wünschenswert, Beginns Vorschlag einfach eins zu eins wiederzubeleben. Dennoch hängt die Überwindung von Israels politischer Verzweiflung heute davon ab, dass wir keine falschen Zweistaatenziele konservieren, sondern binationale Möglichkeiten überdenken, die Beginns Vision ähneln: Die öffentliche Rehabilitation einer solchen Politik ist die einzige Alternative zu dem Abgrund, auf den das Land derzeit zusteuert.

Grundlegend für Visionen in dieser Richtung ist der Gedanke, dass die geografische Einheit, die zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer liegt, zwei Staaten beherbergen kann, die durch die Grenzen von 1967 geteilt, aber durch eine volle Bewegungsfreiheit vereinigt sind. Während jeder Staat seine eigenen Gesetze erlassen könnte, einschließlich seiner Einwanderungsgesetze, würden die Bürger beider Staaten das Recht genießen, auf dem gesamten Territorium zu reisen, zu arbeiten und zu leben. Proportionale Quoten für die Zahl von Bürgern, die eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung im jeweils anderen Staat erhalten, könnten von beiden Staaten gemeinsam festgelegt werden: Dies würde es den meisten jüdischen Siedlern erlauben, in ihren Städten zu bleiben, und den Palästinensern ermöglichen, Rechte auszuüben, die oft mit dem umstrittenen Rückkehrrecht assoziiert werden. Gemeinsame Institutionen wie ein oberstes Berufungsgericht und eine gemeinsame Verfassung könnten sicherstellen, dass die Vereinbarung in beiden Staaten eingehalten wird, und für die Achtung grundlegender Menschen-, wirtschaftlicher und nationaler Rechte sorgen.

Programme dieser Art sind im Augenblick nur ein Traum. Doch ist dieser Traum näher an der Realität als die Illusion, Israel würde Hunderttausende Siedler umquartieren. Und gewiss ist er ehrlicher als der Gedanke, dass eine Apartheid ein menschliches Antlitz haben könnte. In unserer Zeit, in der die Zweistaatenlösung definitiv der Vergangenheit angehört und für die Achtung grundlegender Menschen-, wirtschaftlicher und nationaler Rechte sorgen.

Der israelische Philosoph Omri Boehm lehrt an der New School for Social Research in New York

Aus dem Englischen von Michael Adrian